

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949**

49 (3.9.1949)



# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag mittig. Frei Haus 1,85, im Verlag abgeholt 1,65, durch die Post 1,65 zuzüglich 36 Dpt. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpt.

Badischer Landsmann  
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1.750. Jahrgang

Samstag, den 3. September 1949

St. 40

## Ohne Vorbehalte?

### Bidault: „Aufnahme Deutschlands praktisch entschieden“

G.L. Paris. Der ehemalige französische Außenminister Bidault erklärte, die Aufnahme Deutschlands in den Europarat sei praktisch bereits entschieden. In der Beratenden Versammlung bestehe keine nennenswerte Opposition gegen diese Absicht. — Der ehemalige französische Finanz- und Wirtschaftsminister, André Philippe, sagte in Baden-Baden, Deutschland werde ohne Vorbehalte in den Europa-Rat aufgenommen, sobald eine deutsche Regierung gebildet sei.

Der Politische Ausschuss der Beratenden Versammlung des Europäischen Rates will dem Ministerrat empfehlen, bereits vor der nächsten Sitzung der Beratenden Versammlung über die Zulassung neuer Mitglieder und Beigeordneter Mitglieder Beschlüsse zu fassen.

Bekanntlich hatte Churchill angeregt, im Januar nächsten Jahres eine Sonder Sitzung der Versammlung unter Beteiligung deutscher Delegierter abzuhalten. Die Bezeichnung „Beigeordnete Mitglieder“ wird von politischen Beobachtern in Straßburg als Hinweis auf die mögliche Beteiligung westdeutscher Delegierter bei der nächsten Sitzung des Europa-Rates betrachtet.

In der Straßburger Beratenden Versammlung begann am Freitag die Debatte über den Bericht des Wirtschaftsausschusses. Der Ausschuss fordert ein schnelles Handeln zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Europa.

Der Rechtsausschuss der Beratenden Versammlung schlug am Freitag vor, es solle die Schaffung eines gesamt europäischen Reisepasses erörtert werden.

### „Nur wenn...“

G.L. Paris. Frankreich werde seine bisherige Politik in der Saarfrage unverändert fortsetzen und das Saarstatut verteidigen, erklärte heute der französische Außenminister Schuman vor Pressevertretern. Westdeutschland würde nur dann in den Europa-Rat aufgenommen werden, wenn auch das Saargebiet zugelassen werde. Die Saar sei zwar kein souveräner Staat, sie habe aber eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament. Großbritannien und die USA hätten Frankreich freie Hand für eine solche Regelung gelassen. Diese Lösung sei aber auf jeden Fall provisorisch. Alle im Westen bisher durchgeführten Grenzveränderungen seien bis zur Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages nur vorläufig.

### Hoffman kündigt weitere Kürzungen der Marshall-Hilfe an

Washington (CBS). Der Leiter des amerikanischen Amtes für Auslandshilfe, Hoffman, wies die Empfängerländer der Marshall-Hilfe darauf hin, daß die bereits gekürzten Dollarzuteilungen für das nächste Jahr noch weiter gekürzt werden müßten. Hoffman veröffentlichte in Paris eine Erklärung, in der er betonte, daß die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas ihrem Vorschlag für die Verteilung der Marshall-Hilfe den

## Die Rolle Albanien

### Neue Truppenbewegungen auf dem Balkan von unserem Korrespondenten

A-n Triest. Nachdem Jugoslawien eine Anzahl militärischer Sicherheitsmaßnahmen ergriffen hat, um einen allfälligen Anschlag zu verhindern, meldet nun der über die Vorgänge in Südosteuropa gewöhnlich gutinformierte Mailänder „Corriere della Sera“, das Vorhandensein beträchtlicher militärischer Kräfte, die für einen eventuellen Einfall in Jugoslawien bereitgehalten werden. Nach den Angaben dieses Blattes, stehen im rumänischen Banat unter dem Befehl von Marschall Bulganin insgesamt 260 000 Mann. In Bulgarien verfüge Koniew über 150 000 Mann, die größtenteils in der Sowjetunion ausgebildet worden seien.

### Ist Tito seiner Armee sicher?

Der „Corriere della Sera“ meldet hierzu, daß dieser Truppenaufmarsch seitens der Kominform ebenfalls als Sicherheitsmaßnahme bezeichnet werde, da in Ungarn, Rumänien und Bulgarien die Kominformpropaganda das Gerücht verbreite, Marschall Tito beabsichtige mit seinen in Mazedonien konzentrierten Divisionen einen bewaffneten Überfall auf diese Länder. In Wirklichkeit handele es sich aber darum, daß keine der streifenden Parteien, d. h. weder Moskau noch Belgrad, die Initiative zu ergreifen gedünke, obschon vom Kream ein wohlvorbereiteter Plan bestehe, der jederzeit gegen Jugoslawien in Aktion gesetzt werden könne. Sehr bezeichnend in diesem Zusammenhang sei ein in der Moskauer „Pravda“ erscheinender Artikel des sowjetischen Balkansachverständigen Cetitsch, der sich mit der Moral des jugoslawischen Heeres befasste.

Darin wird u. a. ausgeführt, daß die Offiziere und Soldaten des jugoslawischen Heeres lediglich auf das Signal warten, um sich ge-

vom amerikanischen Senat bewilligten Gesamtbetrag zugrunde gelegt habe. Selbst wenn der amerikanische Kongreß in seiner Gesamtheit diesem Betrag zustimmen sollte, so habe er doch bereits die Abzweigung von 150 Millionen Dollar für einen Sonderfonds beschlossen. Diese 150 Millionen Dollar könnten nicht den einzelnen Empfangsländern zugeteilt werden. Die bekanntgegebenen Zuteilungen, so erklärte Hoffman, müßten daher um diesen Betrag gekürzt werden.

Weiter wird gemeldet: Die Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde ermächtigt, ihre Zuweisungen an die ERP-Staaten in Höhe von 315 Millionen Dollar monatlich bis zum 1. Oktober fortzusetzen.

## Titos Stärke

### Kominformzeitung weiß von Unruhen in Jugoslawien

A-n Mailand. Das Organ der Kominform behauptet in seiner letzten Ausgabe, in allen Teilen Jugoslawiens sei eine Tito-feindliche kommunistische Partei aufgestellt worden. Diese Partei genieße das Vertrauen des internationalen Proletariats. Die Kominformzeitung will von großen Unruhen in Jugoslawien erfahren haben.

Das Blatt schreibt weiter, ein starker Kominformsender sei für die Anti-Tito-Propaganda aufgestellt worden und im Ausland würden 4 anti-jugoslawische Zeitungen gedruckt. Tito unterhalte gegenwärtig Truppen und Polizeistreitkräfte in Stärke von 800 000 Mann, während er vor der Auseinandersetzung mit dem Kominform nur über 300 000 Soldaten verfüge habe.

Wie UP aus unterrichteten Londoner Kreisen erfährt, sind Geheimverhandlungen zwischen Großbritannien und Jugoslawien im Gange, die sich bisher günstig entwickelt haben.

### Tito bricht Urlaub ab

Belgrad (R). Marschall Tito hat seinen Erholungsurlaub an der Adria abgebrochen und ist nach Belgrad zurückgekehrt. Er will mit dem jugoslawischen Kabinett die Schritte erörtern, die gegen den sowjetischen Neuenkrieg eingeleitet werden sollen.

Wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, hat Jugoslawien zur Zeit nicht die Absicht, Rußland vor den Vereinten Nationen wegen „Bedrohung des Friedens“ anzuklagen. Jugoslawien möchte vermeiden, in diesem Fall von den Westmächten unterstützt zu werden. Es wird daher versucht, so lang wie möglich allein mit seinen Schwierigkeiten fertig zu werden. Der ständige Vertreter Jugoslawiens bei den Vereinten Nationen, der wieder in New York eintraf, weigerte sich, irgend welche Erklärungen über den Streit zwischen Tito und dem Kream abzugeben.

### 20 Millionen Dollar für Tito

Washington (CBS). Die amerikanische Export-Import-Bank ist bereit, unter Umständen Jugoslawien eine 20-Millionen-Dollar-Sofortanleihe zur Verfügung zu stellen. Die Anleihe soll zum Ankauf von Grubenmaschinen verwendet werden.

gen das Tito-Regime zu erheben. Es sei undenkbar, daß das jugoslawische Heer gegen die bewaffneten Kräfte des Kommunismus kämpfen werde. Der Artikel schließt mit den Worten: „Sobald die Stunde des Aufstandes schlägt, werden die jugoslawischen Truppen mit den Befreibern gemeinsame Sache machen.“

Der „Corriere“ verweist alsdann auf die Lage in Albanien, die zufolge des umschweifenden Titosismus, von Moskau aus, als äußerst gefährdet angesehen werde. Albanien befinde sich in einer hoffnungslosen Isolierung. Als sich kürzlich eine albanische Delegation zu einem roten Jugendtreffen nach Budapest begeben wollte, sei ihr von Belgrad die Reise durch Jugoslawien untersagt worden. Die Delegation habe nur auf dem Seeweg über Rumänien in mehrtägiger Fahrt nach Budapest gelangen können, während der direkte Reiseweg bloß einen Tag gedauert hätte. Daraus erkenne man die derzeitige Abgeschnittenheit dieser wichtigen sowjetischen Adriaposition, die Moskau unter allen Umständen zu halten und aus ihrer derzeitigen Isolierung herauszureißen gedünke.

### Eine Provokation könnte genügen...

Die Lage in Albanien werde noch durch eine eifrige Infiltration der jugoslawischen Antikominformpropaganda kompliziert, die dort einen fruchtbareren Nährboden vorfinde. Die Regierung Enver Hodschas habe gegen eine starke Ausbreitung der antirussischen Stimmung anzukämpfen, die bei einer längeren Fortdauer der Isolierung Albanien, leicht Oberwasser gewinnen könnte.

Das Mailänder Blatt gelangt zum Schluß, daß eine Provokation Belgrads genügen könnte, um den sowjetischen Aktionsplan gegen Jugoslawien ins Rollen zu bringen, da die Lage als ernst und außerordentlich gespannt angesehen werden müsse.

### Verteidigungskonferenz am 17. Sept.

Washington (NBC). Die Außenminister der Signatarmächte des Atlantik-Vertrages halten am 17. September in Washington eine Konferenz über die Bildung eines gemeinsamen Verteidigungsrates ab.

In Vorbereitung der Konferenz finden z. Zt. Besprechungen von Vertretern der zwölf Signatarstaaten statt. Ein Vertreter des US-Außenministeriums erklärte dazu: Die Außenminister müssen sich über die Zusammensetzung des gemeinsamen Verteidigungsausschusses und über die Zahl der militärischen Vertreter der einzelnen Signatarstaaten einigen. Einem Bericht zufolge dürften die Außenminister die Errichtung folgender vier Verteidigungszonen gutheißen: Nordatlantischer Raum, Nord-Europa, Westeuropa sowie Mittelmeerraum.

### Polen als „klassisches Beispiel“

Ers verdankt seine Existenz militärischen Erwägungen

In einem Leitartikel über „Polen nach 10 Jahren“ schreibt die „Times“ u. a.:

„Noch fast bis zum Ende des Krieges waren viele bereit zu glauben, daß Rußlands Verhalten gegenüber Polen ausschließlich von der Notwendigkeit der Selbstverteidigung diktiert gewesen sei. Bei den Verhandlungen über Polen traten jedoch die tiefgehenden und auch heute noch nicht überbrückten Gegensätze zwischen Moskau und dem Westen zum ersten Male in Erscheinung. Damals, als der Krieg schon unmittelbar vor seinem Ende stand, zeigte sich zum ersten Male in voller Klarheit, was der russischen Regierung vorschwebte, wenn sie freundlich gesinnte Regierungen in Osteuropa forderte. In vielen Punkten erst gelangte der Westen zur vollen Wahrheit dessen, was Moskau meinte, wenn es von Volkedemokratien sprach. Damals erst erkannte er auch

die Entschlossenheit Stalins, die Grenzen allein nach strategischen Gesichtspunkten zu ziehen.

In vieler Hinsicht bildet die polnische Regierung heute das klassische Beispiel des neuen Regimes in Osteuropa. Mit Hilfe der Roten Armee und der Sicherheitspolizei entstanden, hat sie ihre Stellung allmählich und auf dem üblichen Wege konsolidiert. Durch die fähige Organisation und Neubesiedlung der ehemals deutschen Gebiete im Westen hat sie unmittelbar und nicht erfolglos an das polnische Nationalgefühl appelliert, und der landwirtschaftliche Reichtum Polens hat es der polnischen Regierung möglich gemacht, weitgehend die wirtschaftlichen Krisen zu vermeiden, die gewöhnlich auf Revolutionen folgen.“

Die „Times“ schließt jedoch mit einem Vorbehalt: „Bis vor einiger Zeit hatte es den Anschein, als bewahre sich Polen eine freierliche Atmosphäre als die anderen Volkedemokratien. Aber seit kurzem wird die Disziplin verschärft und die marxistische Orthodoxie energischer in den Vordergrund gerückt. Vieles deutet darauf hin, daß die kommunistischen Führer Polens ihre bisherige Zurückhaltung in der Frage der Landreform aufgeben und immer stärkeren Druck auf die polnischen Klein- und Mittelbauern ausüben, in den staatlichen Kooperativen aufzugehen. Das Problem der Bauern enthält eine der stärksten Spannungen innerhalb des heutigen Polen.“

## Besprechungen Adenauers

mit der FDP und der Deutschen Partei

A.C. Bonn. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. Adenauer, hatte am Freitag in seiner Privatwohnung eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Deutschen Partei, Fritz Hellwege. Einige Stunden später begaben sich die beiden Politiker nach Köln, wo sie mit dem zweiten FDP-Vorsitzenden Franz Blücher zusammentrafen. Die Aussprache dauerte so lange, daß Dr. Adenauer weitere Besprechungen, die für Freitag Nachmittag vorgesehen waren, absagen mußte. Es wird erklärt, der Gegenstand der Verhandlungen sei offenbar so wichtig, daß der Vorsitzende der Deutschen Partei, Hellwege, am Samstag nach Hamburg reise, um mit dem Abgeordneten der Deutschen Partei Dr. v. Meerkrat, Rücksprache zu nehmen.

Wie die „Neue Zeitung“ meldet, beabsichtigen die Freien Demokraten als erste Bedingung für eine Beteiligung an der Bundesregierung die Neuregelung der Ländergrenzen zu fordern. Sie befrworten den Zusammenschluß der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die Vereinigung des Landes Hessen mit Rheinland-Pfalz und die Schaffung des Südweststaates.

### Für ein Ostzonen-Ministerium

Nach der ersten Fraktionssitzung der CDU und der CSU erklärte Dr. Adenauer auf einer Pressekonferenz nachdrücklich, daß es dringend nötig sei, ein besonderes Ostzonen-Ministerium zu schaffen. Er deutete an, daß der geeignetste Kandidat

### VOM TAGE

**Katholikentag eröffnet.** In Bochum wurde der 73. Deutsche Katholikentag eröffnet. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, sagte in seiner Begrüßungsansprache, es sei der Herzenswunsch aller Deutschen, auch denjenigen wieder zu einer Heimat zu verhelfen, denen das Schicksal dieses große Gut genommen habe. Aus christlicher Verantwortung heraus müsse dem geistigen und materiellen Nomadentum ein Ende bereitet werden. (A.C.)

**17 400 Ausländer ausgewandert.** Rund 17 400 heimatlose Ausländer sind im August aus Westdeutschland und Österreich ausgewandert. Von diesen gingen 15 960 nach den USA und der Rest nach Kanada. Der größte Teil der Ausgewanderten stammt aus osteuropäischen Ländern. (NWf)

**Juden protestieren.** Eine Delegation verschiedener amerikanischer jüdischer Organisationen protestierten gegen die angeblich zunehmende antisemitische Propagandatätigkeit in Westdeutschland. Laut Reuter wurde in dem Memorandum empfohlen, etwaige antisemitische Äußerungen von Presse, Rundfunk und anderen Institutionen als strafbare Handlungen zu erklären. Ferner wurde gefordert, ehemalige Nationalsozialisten aus dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben Westdeutschlands völlig auszuschließen. (NBC)

**Knochenreste des Apostels Petrus aufgefunden?** Unter dem Hauptaltar der römischen Peterskirche sollen, wie „New York Times“ zuverlässig aus Kreisen des Vatikans erfahren haben wollen, Knochenreste des Apostels Petrus gefunden worden sein. Papst Plus halte mit der Entdeckung noch zurück, weil erst noch unangreifbare Beweise für die Echtheit des Fundes zusammengetragen werden sollen. Das Untersuchungsergebnis der Sachverständigen soll im Heiligen Jahr bekanntgegeben werden. (epd)

**Sonderbriefmarken zum Bundestag.** Die deutsche Post wird anlässlich der ersten Sitzung des deutschen Bundestages Sonderpostwertzeichen herausgeben. Ausgegeben werden Marken zu 10 Pfg. und zu 20 Pfg. sowie Postkarten mit eingedrucktem Postwertstempel zu 10 Pfg. und zu 20 Pfg. Die Ausgabe dieser Wertzeichen beginnt am 7. September. (bbf)

**Explosion in Kachbrenner.** In der Kornbrennerei Alexander Kiska in Lippstadt ereignete sich eine Explosion, bei der 3 Arbeiter getötet wurden. Bei Schweißarbeiten explodierten mehrere Behälter mit einem Gesamteinhalt von 800 000 Liter Spirit. Der Feuerwehrgelag es, die Ausbreitung eines Großfeuers zu verhindern. Der Sachschaden ist noch nicht zu übersehen. (R)

**Spinale Kinderlähmung in Berlin.** 57 Fälle von spinaler Kinderlähmung, von denen sechs bereits tödlich verliefen, sind in den Berliner Westsektoren festgestellt worden. Das Ansteigen der Krankheitsfälle wird auf das relativ späte Einsetzen des warmen Wetters in Berlin zurückgeführt. (J.B.)

**Kantfahren gesunken.** Der Wert der Einfuhren in der Bizone sank in der Zeit von Juni bis Juli um 18%. Der verhältnismäßig starke Rückgang ist auf die geringeren Einfuhren von Lebensmitteln zurückzuführen. Die Ausfuhren nahmen gegenüber dem Monat Juni um 4% zu. (bbf)

**ERP und Schulunterricht.** Eine bessere Ausbildung in der englischen und französischen Sprache an den deutschen Oberschulen forderte der westdeutsche Berater für das ERP-Programm in einem Schreiben an die Kultusminister der Westzonen. Er betonte die Wichtigkeit dieser Sprache für den deutschen Nachwuchs und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb Europas. (v.W.)

für diesen Posten der ehemalige Vorsitzende der CDU der Ostzone, Jacob Kaiser, sein würde. Als andere wichtige Aufgaben der neuen westdeutschen Bundesregierung erwähnte Dr. Adenauer das Problem, die Berliner Industrie durch Lieferung von Rohstoffen und Halbfabrikaten wieder arbeitsfähig zu machen, sowie ein groß angelegtes Wohnbauprogramm. Dr. Adenauer teilte ferner mit, daß die CDU/CSU als stärkste Fraktion den Bundespräsidenten stellen werde. Zum Vizepräsidenten werde wahrscheinlich der SPD-Abgeordnete Professor Carlo Schmid gewählt werden. Adenauer gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, die SPD werde die Rolle einer konstruktiven Opposition übernehmen, so daß Gesetzesvorlagen auch von dieser Partei unterstützt würden.

### Gross zum Südweststaat Militärregierung nur Beobachter

Stuttgart. Der Direktor der Militärregierung für Württemberg-Baden Charles Gross äußerte sich am Freitag auf einer Pressekonferenz in Stuttgart zur Frage des Südweststaates. Er betonte, daß die Militärregierung an diesem Problem nur als Beobachter teilnehme. Sie werde sich auch dann nicht einmischen, wenn verfassungsrechtliche Streitigkeiten eintreten. Zur Lizenzierung politischer Gruppen sagte er, dies sei Angelegenheit der Bundesorgane. — cr



**Kommissare beraten über Patentamt**  
 v.W. Frankfurt. Die drei Hohen Kommissare, John McCloy, General Robertson und Francois-Poncet traten am Freitag in Frankfurt zusammen, um über die Bildung eines westdeutschen Patentamtes zu beraten. Hauptsächlich soll geprüft werden, ob Westberlin als Sitz des Patentamtes in Betracht kommen könnte. Ferner werden die Hohen Kommissare einen französischen Plan erörtern, der die Aufnahme der Rohstahlproduktion in Westberlin vorsieht.

BSt. Berlin. General Taylor, der neue US-Stadtkommandant von Berlin, erklärte in seiner ersten Pressekonferenz nach seiner Amtsübernahme, er habe angeordnet, die Anstrengungen zu verdoppeln, damit Westberlin wirtschaftlich wieder in die Höhe komme. Er betonte weiter, daß die von seinem Vorgänger, General Howley, verfolgte Politik gegenüber den Russen keine Änderung erfahren werde.

**Löbe eröffnet den Bundestag**  
 A.C. Bonn. Der ehemalige Reichstagspräsident Paul Löbe wird am 7. September um 16 Uhr als Alterspräsident die 1. Sitzung des Bundestages in Bonn eröffnen. Löbe gehört der SPD an. Der Bundestag wird in seiner 1. Sitzung den ständigen Präsidenten in geheimer Wahl bestimmen. Bonner politische Kreise rechnen fest damit, daß der bisherige Präsident des Wirtschaftsrates Dr. Erich Köhler Bundestagspräsident wird.

**„Wenn nötig unter militärischem Schutz“**

A.C. Oberhausen. Die Demontage der Fischer-Tropf-Anlagen der Ruhrchemie AG in Oberhausen hat auch am Freitag morgen noch nicht begonnen. Die Arbeiter gehen in dem von der Demontage ausgenommenen Stickstoffwerk ruhig ihrer Arbeit nach.

Britische Truppen, die am Donnerstag die Werke besetzt hatten, weil es zu Widerständen gegen die Demontage gekommen war, haben den Betrieb wieder verlassen. Die Betriebsleitung und der Betriebsrat haben versprochen, daß es zu keinen weiteren Widerstandshandlungen kommen werde. Deutsche Polizei versieht jetzt den Dienst im Betrieb.

Die Betriebsleitung und die Arbeiter haben sich jedoch erneut geweigert, bei der Demontage mitzuwirken. Die britischen Behörden haben daher eine Demontagegruppe eingesetzt, die die Arbeiten ausführen soll, wenn nötig unter militärischem Schutz.

**Massenentlassungen bei der Reichsbahn**  
 hbt. Frankfurt. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn teilte mit, daß infolge der schlechten Verkehrseinmalen 10 000 Bedienstete entlassen werden müssen. Hiervon werden 6000 Werkstättenarbeiter und 4000 Arbeiter des Betriebsdienstes betroffen. Die Wiederherstellung des Fahrzeugparks wird durch den Personalausfall verzögert werden.

**Der „Friedenstag“ in der Sowjetzone**  
 Berlin (-er). In der sowjetischen Besatzungszone wurde der 1. September als „Tag des Friedens“ feierlich begangen. In allen größeren Städten fanden Massenkundgebungen statt. In zahlreichen Ortschaften wurden Straßen in „Friedensstraßen“ umgetauft. Anlässlich des 10. Jahrestages des Kriegsbeginns wurde von Radio Moskau eine Sondersendung verbreitet, in der behauptet wurde, daß die alliierten Generalstabe bereits im Jahre 1939 Angriffskriege gegen die Sowjetunion geschmiedet hätten.

Viele tausend Deutsche der sowjetischen Besatzungszone kamen am 1. September in die Westzonen. Die Läden in den Grenzstädten der Westzonen waren von Kauflustigen der Ostzone überfüllt, die Lebensmittel, Kleidungsstücke und Schuhe kauften. Die Sowjets hatten nämlich die Bestimmungen für das Überschreiten der Zonengrenze vorübergehend gemildert, weil sie erwarteten, daß Bewohner der Westzonen zu den Friedenskundgebungen in die Ostzone kommen würden. Jedoch nahmen nur wenige Bewohner der Westzonen an den Kundgebungen teil.

**Militärische Ausbildung der Ost-Polizei**

Ein Bericht der britischen Behörden  
 BSt. Berlin. Einem Bericht der britischen Behörden in Berlin zufolge wurde die Polizei in der russischen Zone in den letzten Monaten immer schneller nach militärischen Grundsätzen in eine Truppe umgewandelt und erhielt militärische Ausbildung und Ausrüstung.

Die Bereitschaften wurden, so heißt es in dem Bericht, mit Maschinengewehren, Maschinengewehren und Gewehren bewaffnet. Die sogenannte Ernst-Thälmann-Bereitschaft in Großenhain in Sachsen erhielt Panzerabwehrwaffen. Die meisten Waffen sind deutsche Erzeugnisse. Mindestens zwei hobe Polizeioffiziere in der Ostzone sollen ehemalige Wehrmachtsgeneräle sein und vor einigen Monaten sei in Berlin wieder eine Gruppe von deutschen Generalen aus russischer Kriegsgefangenschaft eingetroffen.

In dem britischen Bericht heißt es weiter: Die militärische Ausbildung enthalte Polizeitaktik, Grundschule, Gewehrdrill, Kartenlesen, technische und Signalausbildung. Nur 13 Prozent der Ausbildungsgegenstände betreffen ordentliche Polizeiaufgaben, während der Rest politische und technische Ausbildung umfasse.

Die Rekrutierung werde fortgesetzt, wobei junge arbeitslose Männer dem Polizeidienst zugeführt würden, wenn sie den politischen und physischen Erfordernissen entsprächen. Auch würden aus den kommunistisch beherrschten Jugendorganisationen Freiwillige aufgeboden. Der britische Bericht bemerkt, daß es den Rekrutierungskommissionen nicht gelungen sei, Freiwillige zu gewinnen, seien viele Fabriken aufgefordert worden, eine bestimmte Zahl von „Freiwilligen“ beizustellen.

Die militärische Ausbildung und Ausrüstung der Polizeiverbände in der Sowjetzone wurde von Vertretern der britischen Militärregierung als eine flagrante Verletzung des Viermächte-Abkommens bezeichnet.

# Wohin steuert Deutschland?

## England und der deutsche Nationalismus

Mit der Frage des deutschen Nationalismus beschäftigt sich die ausländische Presse nach wie vor sehr stark. Insbesondere in England ist man besorgt über die zukünftige Entwicklung in Deutschland. Die britische Presse geht in ihren zahlreichen Betrachtungen dabei nicht von dem Ergebnis der Bundestagswahlen, der hohen Wahlbeteiligung und der dabei zum Ausdruck gekommenen demokratischen Gesinnung des deutschen Volkes aus, sondern von den Themen und dem Ton der Wahlreden. Bezeichnend für diese Kampagne, von der wir unseren Lesern wieder ein Beispiel geben wollen, ist ein Leitartikel der englischen konservativen Zeitung „Daily Telegraph“. Wir veröffentlichen in diesem Zusammenhang ferner die Antwort Oberdirektor Dr. Pünder auf einen englischen Brief, der sich ebenfalls mit diesem Thema befaßt hatte.

„Dr. Adenauer“, so schreibt „Daily Telegraph“ u. a., „hat versucht, die Angriffe auf die Alliierten, durch die sich so viele Wahlreden, darunter auch seine eigene, ausgezeichnet hatten, als unbedeutend hinzustellen. Aber es scheint unvermeidlich, daß sich die nationalistiche Stimmung, die während des Wahlkampfes zum Ausdruck kam, auf die künftige Tätigkeit des Bundestages auswirken wird. Denn es ist damit zu rechnen, daß der Bundestag, jedenfalls zu Anfang, einen guten Teil seiner Zeit mit der Demontagefrage verschwenden wird. Es ist leicht gesagt, wie es hier und da geschehen ist, daß die Alliierten schwerlich so etwas wie Dankbarkeit erwarten könnten. Aber auf jeden Fall sollten die Alliierten eines von den verantwortlichen deutschen Politikern erwarten können, nämlich einen Sinn für Tatsachen. Die gleichen Politiker jedoch haben sowohl den Umfang, wie die Motive der Demontage in geradezu skandalöser Weise völlig falsch dargestellt und zwar ganz bewußt.“

Das Blatt fährt fort: „Dieselben, die erklärten, daß die Alliierten keine Dankbarkeit erwarten könnten, sagen auch, daß das Wiedererwachen des deutschen Nationalismus eine Selbstverständlichkeit sei. Aber wenn wir von den Plänen einer Wiederbelebung der nationalsozialistischen Presse hören, wenn wir wieder einmal beobachten können, wie man in Deutschland gerade Großbritannien als Zielscheibe der ärgsten Angriffe benutzt, dann können wir nicht umhin zu fragen, welche Form von Nationalismus eigentlich zu erwarten war. Dann müssen wir uns wei-

terhin fragen, ob die neue westdeutsche Demokratie denselben Weg gehen wird, wie die von Weimar und ob sich nicht zu guter Letzt so etwas wie eine Demokratie ohne Demokraten herausbilden wird.“

## Antwort auf einen englischen Brief

Manchen Äußerungen im Wahlkampf sei in England eine Bedeutung beigegeben worden, die ihnen nicht zukomme. Dies erklärt der Vorsitz der bizonalen Verwaltungsrates, Oberdirektor Dr. Pünder in einem Antwortschreiben an Mr. C. M. Lawson, Manchester, den ehemaligen stellv. Kommandanten von Köln, der in einem Brief auf das lebhafteste Interesse hingewiesen hatte, mit dem die deutsche Regierungsbildung in England verfolgt wird. Der englische Offizier hatte weiter die Hoffnung ausgesprochen, daß Deutschland nicht die Atmosphäre des guten Willens stören möge, die in den vergangenen drei Jahren zwischen England und Deutschland gewachsen sei.

Pünder entgegnete seinerseits, er zweifle nicht daran, daß nicht nur die maßgeblichen Politiker beider Völker, sondern auch diese selbst „geradezu eine Sehnsucht nach einer dauerhaften friedlichen und freundschaftlichen Verbindung“ hätten. Doch — so fährt Pünder fort — gebäre es nun einmal zur Demokratie, daß das gesamte öffentliche Leben der öffentlichen Kritik unterliege. Auch die Maßnahmen der Besatzungsmächte könnten davon nicht ausgenommen werden. Allein schon aus dem Wiederhall, den manche dieser Maßnahmen in den Heimatländern selbst gefunden hätten, dürfte zur Genüge hervorgehen, daß die Meinungen über die Richtigkeit mancher Geschehnisse und Absichten sehr geteilt seien.

Es wäre verhängnisvoll, erklärt Dr. Pünder weiter, wenn die demokratischen Politiker es extremen Elementen überlassen würden, die deutsche Meinung dazu zu sagen. Auf einige Enigleistungen deutscher Politiker während des Wahlkampfes eingehend, die zu bedauern, aber nicht allzu tragisch zu nehmen seien, stellt Dr. Pünder schließlich fest: „Wer das deutsche Wahlergebnis sorgfältig abwägt, kann nur zu der Überzeugung kommen, daß dieses Ergebnis eine hoch erfreuliche und an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassende Absage an alle Extremisten ist.“ v.W.

**110 000 Mann bei den US-Herbstmanövern**  
 v.W. Frankfurt. Das amerikanische Hauptquartier in Heidelberg gab bekannt: 110 000 amerikanische Soldaten, Matrosen und Flieger beginnen am Dienstag die großen Herbstmanöver zwischen Nürnberg und München. Der Befehlshaber der Bodentruppen in Westeuropa, General Latre de Tassigny, und der Kommandeur der britischen Rheintruppen, Sir Charles Kipley, werden voraussichtlich an den Manövern teilnehmen.

## Wirtschafts-Nachrichten

### Wir müssen wieder zur Vollarbeit kommen

Kurzarbeit senkt Reallohne

Die Höhe der Lebenshaltungskosten und der Lohnindex sind zwei Begriffe, die heute viel besprochen werden. Leider werden sie häufig falsch angewandt und sie geben — jeder für sich betrachtet — auch keine befriedigende Auskunft. Umfassender ist der Begriff des Reallohns. Er entsteht, indem man die Indexziffer des Lohns durch die der Lebenshaltung dividiert. Es ist eine reine Prozentzahl und stellt einen Maßstab für die Kaufkraft des Lohnempfängers dar.

Da die Indexziffern je nach Berufszweig recht unterschiedlich sind, sollen hier einmal die heutigen Reallohne der Industriearbeiter betrachtet werden, eine Gruppe, die über die Hälfte der nicht landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung umfaßt. Deren Löhne bewegen sich nach maßgebenden statistischen Erhebungen bei einer Ziffer von 75 % (verglichen mit 1938 = 100 %). Sie liegen damit etwas über dem Gesamtdurchschnitt der Einkommensbezieher, der bei 70 % liegt. Eine Industriearbeiter-Familie kann sich also heute nur dreiviertel von dem kaufen, was sie sich 1938 leisten durfte.

Nun wurde kürzlich in 300 Betrieben der Metallindustrie Württemberg-Badens eine repräsentative Umfrage über Wochenarbeitszeit gehalten, wobei Betriebsgröße, Branche und Landesteil in entsprechenden Verhältnis berücksichtigt wurden. Die Feststellungen ergaben, daß nur 29 % der Betriebe 48 Stunden arbeiten. Etwa ein Drittel arbeitet 45 Stunden. Der Gesamtdurchschnitt beträgt 45 Stunden wöchentliche Arbeitszeit (in Nordbaden beträgt der Durchschnitt sogar nur 44,7 Stunden wegen der schlechten Beschäftigung der Karlsruher Industrie).

Wenn es möglich wäre, allgemein wieder auf die normale Arbeitszeit von 48 Stunden überzugehen, so würde ohne jede Lohnserhöhung — deren Auswirkung auf die Preise kaum voraussehen wäre — die Indexziffer des Wochenlohns eines Arbeiters steigen und damit seine Realkaufkraft von 75 auf 85 % anwachsen. Es ist nun bekannt, daß vielfach in den Betrieben heute noch die wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlen, um zu einer normalen Arbeitszeit zurückzukehren. Es muß daher oberstes Ziel aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung sein, durch Kredit-, Rohmaterial- und Energiebeschaffung, sowie Steuerenkung der Industrie die Möglichkeit zu geben, wieder voll zu arbeiten. Diese ihrerseits muß alles tun, was in ihren Kräften steht, um im Verein mit Rationalisierung und Leistungssteigerung Preisenkungen zu ermöglichen und somit wieder eine Realkaufkraft von 100 % anzustreben.

Keineswegs sind in unserer heutigen Lage politische Bestrebungen verständlich, die mit sozialen Begründungen auf eine Herabsetzung der Arbeitszeit zielen. Dies würde eine empfindliche Minderung des ohnehin stark verkleinerten Sozialprodukts bewirken,

welches der Maßstab für den Wohlstand eines Volkes ist und welche sich unser verarmtes Volk einfach nicht leisten kann, wenn es wieder zu einer verbesserten Lebensführung kommen will.

## Die Lockerung der Eisenbewirtschaftung

Frankfurt/M. (VWD). Die Verwaltung für Wirtschaft hatte bereits Mitte Juli eine Anordnung vorgelegt, die eine Lockerung der Eisenbewirtschaftung zum Ziele hatte und nunmehr vom Zweimächtekontrollamt genehmigt wurde, sodaß sie mit dem 1. September in Kraft tritt. Die Kleinverbraucher sind durch die Gewährung einer Preisgrenze in der Bezug von Eisen- und Stahlmaterial aus der Bewirtschaftung herausgenommen worden. Im übrigen werden nur noch Fertigungskontingente ausgegeben.

## Ab 1. Oktober

**Bezirkswochenkarten der Reichsbahn**  
 Frankfurt-Main (VWD). Die Deutsche Reichsbahn wird ab 1. Oktober 1949 Bezirkswochenkarten mit dem örtlichen Geltungsbereich einer Bezirksteilkarte einführen wie VWD zuverlässig erfährt. Die Verhandlungen über die dabei dretretende Ermäßigung sind zur Zeit noch nicht abgeschlossen.

## Kölnler Herbstmesse hat befriedigt

Köln (VWD). Der erste Teil der Kölner Herbstmesse ist am 30. August zu Ende gegangen. Mit 20 000 Einkäufern war die Besucherzahl etwas kleiner als im Frühjahr. Die rund 800 Aussteller äußern sich im allgemeinen über das geschäftliche Ergebnis befriedigt, wenn auch die Bestellungen nicht allzu groß ausgefallen sind. Man habe den Eindruck, daß die Stagnation dem Ende entgegen gehe und der Handel sich wieder zu regen beginne. Bei der Spielwaren- und Christbaumschmückindustrie, bei Porzellan, Steinzeug und Glaswaren, aber auch bei Holz- und Korbwaren war das Interesse reg.

**Maßnahmen werden erleichtert.** Neue Bestimmungen über Hauschlachtungen werden in Kürze erscheinen. Wie das Zweimächte-Kontrollamt mitteilt sollen bedeutende Erleichterungen für den Selbstversorger vorgesehen sein. (hbt)

## VON GESTERN AUF HEUTE

Samstag, den 3. September  
 Es wäre seltsam gewesen, hätte sich die totale Propaganda der weltanschaulichen Heerhaufen unserer Zeit nicht auch der großen französischen Waldbrände bemächtigt. Den Anfang machte General de Gaulle, der in seiner Presse nicht gerade sehr logisch und offenbar ohne Zuneigung zur Feuerwehr erklärte, daß der einzige Weg, die Feuer zu beenden, sei, ihm die Macht zu übertragen.

Dies brachte die Moskauer „Iswestija“ auf den Plan, die nun wußte, wer die Feuer angesteckt hatte. Sie erklärte, es sei offensichtlich, daß die Waldbrände eine gaullistische Provokation darstellten. „Die Feuer sollten“, so schrieb das Blatt, „nicht nur die Wälder vernichten, sondern auch den nächsten Grund liefern zur Verfolgung der demokratischen Organisationen — in erster Linie der kommunistischen Partei —, zur Rechtfertigung des verstärkten Polizeiterrors und zur Vorbereitung des Bodens für die Errichtung einer militärisch-faschistischen Diktatur.“

Inzwischen kam weder de Gaulle zu der von ihm so dringlich gewünschten Macht, noch wurden, soweit wir orientiert sind, die demokratischen Organisationen in Frankreich verfolgt. Dagegen hat offenbar die Feuerwehr das Feld behauptet. Höchste Zeit daher für die politischen Zünder, nach anderen Gelegenheiten zum Feuerlöschen Ausschau zu halten.

## Südwestdeutsche Nachrichten

### Therapie-Kongreß und Heilmittelmesse

Karlsruhe (SHZ). Am Samstag Nachmittag 18 Uhr wird Wirtschaftsminister Dr. Veit die Deutsche Heilmittelmesse und am Sonntag Vormittag 8 Uhr den 1. Therapiekongreß eröffnen. Beide Veranstaltungen, zu denen mehrere tausend Aerzte erwartet werden, stehen unter Leitung von Chefarzt Dr. F. Kienle. Die Kongreßteilnehmer haben in der nächsten Woche Gelegenheit zu Ausflugsfahrten über Ettlingen in den Schwarzwald; 150 sind in Herrenalb untergebracht.

### Leistungsschau der Kleingärtner und Siedler

Karlsruhe (SHZ). Die Bezirksgruppe der Siedler und Kleingärtner zeigt von Samstag 3. bis Montag 5. Sept. eine erstaunlich reichhaltige Leistungsschau, die von der Gartenanlage bis zur Pflege der einzelnen Pflanzen viele Anregungen gibt. Die Ausstellung, die von 9—20 Uhr geöffnet ist, findet in der Kongreßhalle der Klinik II statt (mit Linie 5, eine Haltestelle nach dem Krankenhaus).

### Bisher 50 000 Feriengäste in Nordbaden

Karlsruhe (SWK). Auf einer Pressebesprechung teilte der Leiter des Fremdenverkehrsverbandes mit, daß in diesem Sommer in den Städten Nordbadens über 50 000 Inlandreisende und 1700 Auslands Gäste gezählt werden konnten. An der Spitze der Städte rangiert Heidelberg, wohin im ersten Halbjahr rund eine Million DM geflossen seien.

### 100 Jahre Reichsbahn-Ausbesserungswerk

Karlsruhe (SWK). Am 3. September kann das Reichsbahn-Ausbesserungswerk Karlsruhe im Rahmen einer Werkfeier auf sein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Es spricht für die Energie und den Aufbauwillen der gesamten Belegschaft, wenn dieses Werk, das durch die Einwirkung des Krieges zu 90 % zerstört war, heute wieder 1300 Menschen beschäftigt und 50 % seiner Vorkriegsleistung erreicht hat.

### Hotel- und Gaststättenausstellung eröffnet

Mannheim (SWK). Am 2. September wurde auf dem Gelände des Mannheimer Rosengartens die „Südwestdeutsche Hotel- und Gaststättenausstellung“ (Sühoga) eröffnet. Die Schau bietet durch die Teilnahme einer ganzen Anzahl Firmen aus ganz Westdeutschland den Besuchern Gelegenheit, sich auf dem Gebiet der Gastronomie weitgehend zu informieren. Zur Beistimmung der zahlreichen Gäste wird unter anderem ein Kellnerwettbewerb mit vollen Tabletten ausgetragen werden.

### Rot-Kreuz-Tagung auf Schloß Rotenburg

SHZ. Wiesloch (Baden). Der Landesverband des Roten Kreuzes für Württemberg-Baden hielt auf Schloß Rotenburg bei Wiesloch eine Tagung der Sachbearbeiter für Krankentransport ab. Für diese gemeinnützige Einrichtung wird eine gesetzliche Grundlage gefordert, weil nur ausgebildete Sanitäter und Desinfektoren den Transport sorgfältig durchführen können. Die Allgemeinheit wird um stärkere Unterstützung gebeten, weil der Krankentransport auf Selbsthilfe angewiesen ist und keine behördliche Unterstützung erhält.

### Tragisches Ende einer Leichtsinigen

Konstanz (SWK). Nachdem eine junge Angestellte aus Wilhelmshaven in ihrem Betrieb 1000 DM veruntreut hatte, machte sie sich auf den Weg nach dem Süden, um einmal das Leben zu genießen. In wenigen Tagen bereits hatte sie das Geld für allerlei „köstliche“ Dinge ausgegeben und landete nur noch mit einer kleineren Goldsumme in Konstanz. Jetzt wußte sie keinen Ausweg mehr, und aus Angst vor den Folgen ihres Leichtsinns beging sie durch Einatmen von Leuchtgas in einem Hotelzimmer Selbstmord.

### Wieder Dürkheimer Wurstmarkt

SHZ. Dürkheim (Pfalz). Vom 10. bis 13. und 17. bis 18. September findet der Dürkheimer Wurstmarkt statt, der dank seiner 500jährigen Überlieferung zum größten deutschen Weinfest geworden ist und alljährlich Hunderttausende mit Sonderzügen und Gesellschaftsfahrten in die fröhliche Pfalzstadt bringt.

### Heftiges Wortgefecht im Jones-Prozess

#### Ein neues Sachverständigen-Gutachten

H.H. Ludwigsburg. Im Ludwigsburger Militärgerichtsverfahren gegen Russel Jones begann die Verteidigung am Donnerstag mit der Verlesung von Beweisstücken, die von Familienangehörigen des Angeklagten in Amerika zu Protokoll gegeben waren. Demnach ist Jones, dessen Mutter schon ein halbes Jahr nach seiner Geburt starb, in wenig freundlicher Umgebung aufgewachsen. Mehrere Verwandte von ihm haben längere Zeit in Irrenanstalten zugebracht. Er selbst wird als leicht erregbar geschildert. So sprang er einmal in angetrunkenem Zustand in einen See, ohne sich hinterher daran erinnern zu können. Die Verteidigung legte Wert darauf, daß dem Angeklagten aus den angeführten Zeugnissen keine Abneigung gegen Deutsche nachzuweisen ist. Jones' militärische Vorgesetzten, die ebenfalls am Donnerstag verhört wurden, stellten dem Angeklagten ein sehr schlechtes Führungsergebnis aus.

Die Freitag-Verhandlung brachte erneut die Vernehmung eines Psychiaters, und zwar des deutschen Heidelberger Neurologen Dr. Hans Rauh. Seine Diagnose deckte sich beinahe wörtlich mit den Aussagen der bisher schon von der Verteidigung herangezogenen Sachverständigen. Auch er bezeichnete Jones als einen Psychopathen, der vor allem durch den Einfluß übermäßigen Alkoholkonsums in der Tatnacht unzurechnungsfähig gewesen sei.

Noch schroffer als bei den bisherigen Verhandlungen standen sich während dieser Vernehmung die Anschauungen von Anklagevertretung und Verteidigung gegenüber. Es kam zu verschiedenen heftigen Wortgefechten, bei denen der Vorsitzende des Gerichts Mühe hatte, die Vernehmung auf sachlicher Basis fortsetzen zu lassen. — Die Verhandlung wird am Montag fortgesetzt.